Beschluss:

Wie im Ältestenrat besprochen, wird die Große Anfrage zu TOP 10.1 zusammenmit dem Antrag unter TOP 11.1 behandelt.

Zunächst wird die Große Anfrage von Herrn Stadtrat Kubiak beantwortet.

Ratsherr Kühl bringt sodann den gemeinsamen Antrag der Ratsfraktionen von CDU, BfB und FDP ein und begründet ihn. Er weist darauf hin, dass der Antrag zu TOP 11.2 überflüssig sei, weil bereits im Rahmen des Nachtragshaushalts die entsprechenden Maßnahmen im Hinblick auf die Änderung des KAG verschoben worden seien.

Die Ratsherren Ruge und Seib ergänzen die Ausführungen.

Ratsherr Westphal bringt für die SPD-Ratsfraktion einen Änderungsantrag ein und begründet diesen. Dieser Änderungsantrag inklusive einer Ergänzung ist der Niederschrift als Anlage 1 zu TOP 11.1 beigefügt.

Ratsherr Proch erklärt, angesichts des vorliegenden Antrags und des o. a. Hinweises des Ratsherrn Kühl, seinen Antrag zu TOP 11.2 zurückzuziehen.

In der folgenden Debatte bekräftigen alle Ratsfraktionen, dass sie eine Abschaffung der Straßenbaubeiträge befürworten. Strittig ist die Frage, ob es dienlich sei, dies mit einer Forderung nach finanzieller Unterstützung durch das Land zu verbinden. Die Antragsteller der Ratsfraktionen von CDU, BfB und FDP verweisen auf die dazu bereits gefasste Resolution. Man wolle einen klaren Beschluss, zum frühestmöglichen Zeitpunkt auf die Straßenbaubeiträge zu verzichten, auch wenn dies den städtischen Haushalt belaste. Der Beschluss solle daher nicht von einer möglichen finanziellen Unterstützung durch das Land abhängig gemacht oder mit einer entsprechenden Forderung verbunden werden.

Ratsherr Krampfer schlägt vor, die Sitzung zu unterbrechen, um zu klären, ob man sich auf einen gemeinsamen Antragstext verständigen kann.

Frau Stadtpräsidentin Schättiger folgt diesem Vorschlag. Die Sitzung wird um 18.25 Uhr unterbrochen. Es gelingt allerdings nicht, eine Einigung herbeizuführen. Die Sitzung wird um 18.38 Uhr fortgesetzt.

Ratsherr Kluckhuhn zieht den o. a. Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion zurück und stellt einen Ergänzungsantrag. Demzufolge soll der gemeinsame Antrag der Ratsfraktionen von CDU, BfB und FDP um eine Textpassage aus dem ursprünglichen Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion ergänzt werden, und zwar um den Wortlaut „Die Stadt erwartet... - bis - ... Straßenausbaubeiträge zu erheben.“

Nach einer weiteren kurzen Unterredung erklären sich die Antragsteller der Ratsfraktionen von CDU, BfB und FDP nicht bereit, diesen Passus zu übernehmen.

Es folgt die Abstimmung.

Der Ergänzungsantrag der SPD-Ratsfraktion wird mit 21 zu 20 Stimmen abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU		14	

SPD	14		
Die Grünen	4		
BfB		3	
FDP		2	
Ratsherr Cleve		1	
Ratsherr Griese	1		
Ratsherr Mor	1		
Ratsherr Proch		1	
gesamt:	20	21	-

Dem gemeinsamen Antrag der Ratsfraktionen von CDU, BfB und FDP in seiner ursprünglichen Fassung wird einstimmig zugestimmt.